



TRANSPARENCY INTERNATIONAL LUXEMBOURG

The press review

11 au 17 février 2013

Prepared by Transparency International Luxembourg

Disclaimer

Cette revue de presse est compilée par Transparency International Luxembourg. Les idées et opinions exprimées dans les articles cités sont fournis à titre d'information uniquement et ne représentent pas les idées et opinions de Transparency International Luxembourg, qui s'en distance formellement. La véracité et l'exactitude des documents repris ou cités dans cette revue de presse n'a pas été confirmée par Transparency International Luxembourg. Pour toutes questions concernant ce service, nous vous prions de bien vouloir contacter notre bureau au numéro de téléphone 26 38 99 29 ou par e-mail au secretariat@transparence.lu.

Information importante « hotline anti corruption »

Nous vous rappelons que nous avons mis en place une « hotline » qui permet d'obtenir aide et assistance gratuite pour les particuliers pour tout fait constitutif de corruption au sens large ou de trafic d'influence (en tant que victime ou de témoin).

Vous pouvez nous joindre à cet effet par téléphone au numéro 26 38 99 29, par email info@transparence.lu ou alors directement nos bureaux situés au 11C, Bd. Joseph II, Luxembourg

National



07.03.2013 / "Privat" entlarvte Knebeler und Mandé: Jetzt müssen sie vor die Kontrollkommission

Aufklärung und Information gab und gibt es nur in "Privat"

Jetzt müssen auch sie vor den Untersuchungsausschuss. Roger Mandé und Jean-Claude Knebeler. Doch diesmal ohne Fernseh- oder Ton-Übertragung. Über die Rolle der beiden SREL-Mitarbeiter will man die Luxemburger offensichtlich im Ungewissen lassen. Keine Aufklärung, keine Informationen.

Gut wer „Privat“ liest. Denn seit 2007 berichtete die Zeitung immer wieder über den ehemaligen Fahrer von Jean-Claude Juncker und sein Verhältnis zum Premier. In der Ausgabe 316 informierte „Privat“ ausführlich über die Rolle von Roger Mandé im Luxemburger Geheimdienst.

Das Gleiche gilt auch für Jean-Claude Knebeler. Luxemburgs Generalkonsul in New York. In der Ausgabe 315 berichtete „Privat“ ausführlich über den Mann im Nord-Irak, der mit einer Kalaschnikow herumfuchtelte, beleuchtete seine Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst und seine mögliche Verstrickung in undurchsichtige Geschäfte.

Fazit: Auch wenn Luxemburgs Politik im Geheimdienst-Untersuchungsausschuss mauert, wer „Privat“ liest bleibt auch dann gut informiert, wenn bestimmte Dinge vertuscht werden sollen.

LEBENSMITTEL07. März 2013 09:47; Akt: 07.03.2013

Pferdefleisch- Skandal wird immer absurder

Für diese Fleischpastete musste mit Sicherheit kein Pferd sein Leben lassen – denn sie enthält gar kein Fleisch. Darauf sind Experten in Island bei der Analyse von Lebensmitteln gekommen

Luxemburger Lasagne auf Weltreise In der "Fleischpaste" war statt des vermuteten Pferdefleisches gar kein Fleisch, in "Italienischen Lamm & Rindklößen" kein Rindfleisch und im "Französischen Knoblauchteller" allerlei, nur eben kein Knoblauch. Diese überraschenden Einsichten hat Islands Lebensmittelaufsicht "Mast" beim Test von 16 Produkten im Gefolge des Pferdefleisch-Skandals gewonnen.

Wie der Chef der "Mast"-Kontrolleinheit, Kjartan Hreinsson, in Reykjavik angab, stimmten bei keinem der untersuchten Produkte aus Supermärkten Warendeklaration und Inhalt vollständig überein. "Manche hatten größere Fehler, und andere nur kleine", sagte Hreinsson.

Ursprung Luxemburg

Bei der Analyse der Fleischpaste konnten seine Tester Ende Februar auf der Suche nach möglicherweise nicht deklarierten Pferdefleisch-Anteilen "überhaupt keine DNA-Spuren von Säugetieren" ermitteln. Von Island, wo nur 320.000 Menschen, aber fast 100.000 Pferde leben, wird Pferdefleisch offiziell exportiert.

Einen Ursprung für den Pferdefleischskandal liegt in Luxemburg. Eine französische Fleischverarbeitungsfirma namens Spanghero hatte unter anderem die Firma Tavola in Capellen mit rund 20 Tonnen falsch deklariertem Fleisch beliefert. Kontrollen in Luxemburg gab es keine. Tavola produziert im Jahr rund 16.000 Tonnen Fertiggerichte für den Weltmarkt.

„USELDINGER BAUMFÄLLAKTION“ 05. März 2013 06:31; Akt: 05.03.2013

ITM bei Waldarbeiten einschalten

Die Meldung sorgte die ganze letzte Woche für Unruhe. Bei einer Baumfällaktion in Useldingen sei nicht alles mit rechten Dingen zugegangen: Von Lohndumping bis schlechter Ausrüstung war die Rede.



Wenn die betroffenen Stellen der Forstverwaltung nicht über das nötige Material verfügen, um die Arbeiten im Forstbereich selbst auszuführen, werden diese ausgeschrieben.

Ein klarer Fall. Der delegierte Minister für Umwelt Marco Schank will nun nach ersten Gesprächen mit den Verantwortlichen der Forstverwaltung über etwaige Nachbesserungen für solche Ausschreibungen nachdenken. Nach den Reaktionen auf die Artikel, die letzte Woche im Tageblatt zu lesen

waren und die von der wohl wenig sachgerechten Ausführung von Baumfällarbeiten bei Useldingen handelten, hatte Minister Marco Schank die Verantwortlichen der Forstverwaltung um Stellungnahme gebeten. Am Montag informierte Minister Schank das Tageblatt über die ersten Ergebnisse aus diesen Gesprächen.

Mangel an Material

Ausschreibungen im Forstbereich würden immer dann gemacht, wenn die betroffenen Stellen der Forstverwaltung nicht über das nötige Material verfügten, um die Arbeiten selbst auszuführen. Bei den Arbeiten bei Useldingen sei genau dies der Fall gewesen. Eine Möglichkeit, um dem entgegenzuwirken, wäre, mehr Material anzuschaffen. Eine Überlegung, die nun durchaus in Betracht gezogen wird und über welche Minister Schank sich noch mit seinem Minister-Kollegen für Landwirtschaft Romain Schneider beraten will. Gleichwohl gibt Schank zu bedenken, dass dies finanziell schwierig sein könnte.

Was die besagte Firma aus dem nahen deutschen Grenzgebiet angeht, habe man bereits letztes Jahr ihre Konformität mit den Zertifizierungen in der Forstwirtschaft eingeholt. Die Firma verfüge über die beiden Zertifizierungen „Forest Stewardship Council“ (FSC) und „Programme for Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC). Bei solchen Zertifizierungen verhält es sich so, dass die Inhaber sich selber dazu verpflichten, diese auch einzuhalten. Eine Kontrolle vor Ort ist diesbezüglich kaum durchführbar. Wenn aber Zweifel an der Einhaltung dieser Selbstverpflichtung aufkämen, solle zukünftig die „Inspection du travail et des mines“ eingesetzt werden. Ein Weg, der bei Forst- und Waldarbeiten bislang wohl nicht eingeschlagen wurde. In einem Schreiben hat die Firma aus Deutschland der Forstverwaltung auch versichert, dass sie die luxemburgischen Bestimmungen in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung einhalte. Hieran waren große Zweifel aufgekommen. Mehrere Personen, die in Kontakt mit den rumänischen und lettischen Arbeitern standen, hatten berichtet, diese würden für 400 Euro im Monat arbeiten.

Soziales im Lastenheft

Marco Schank zieht nun zwei Möglichkeiten in Betracht. Zum einen könnten verstärkt soziale Bestimmungen ins Lastenheft für solche Ausschreibungen aufgenommen werden. Zum anderen könnten beide Zertifizierungen, also FSC und PEFC, obligatorisch für die Beteiligung an Ausschreibungen gemacht werden, was bislang nicht der Fall ist. Schank sieht bei diesem Punkt allerdings ein mögliches Problem.

Eine solche Maßnahme könne dazu führen, dass bei künftigen Ausschreibungen kleinere Luxemburger Betriebe, die sich eine Zertifizierung nicht leisten können, von vorneherein ausgeschlossen würden. Ein Zustand, den man vermeiden wolle, so Schank.

Neben den sozialen Kriterien wurde auch die wenig fachgerechte Ausführung der Arbeiten bemängelt. Aus diesem Grund sah sich auch, so Marco Schank, der Direktor der Forstverwaltung, Frank Wolter, das Ergebnis der Baumfällaktionen an. Und in der Tat hätten diese aus forsttechnischen Gesichtspunkten nicht dem entsprochen, was man sich erwartet hatte

CFL-PROJEKT 07. März 2013 22:23; Akt: 08.03.2013

Kahlschlag an der "Diddelenger-Baach"

DÜDELINGEN - Entlang der „Diddelengerbaach“ wurde massiv gerodet. Entsetzt zeigen sich die Düdelinger Grünen über die Lage im Naherholungsgebiet.



Sämtliche Bäume sind weg. (Bild: Tageblatt/Alain Rischard)

Die Vorbereitungsarbeiten für den geplanten Ausbau des Bettemburger Container-Terminals der CFL auf Düdelinger Gemeindegebiet – zwischen der „Collectrice“ (A13) und der Grenze zu Bettemburg – haben unlängst begonnen. Als erster Arbeitsschritt wurde gerodet. Auf dem Areal stand am Donnerstag kein einziger Baum mehr. Stattdessen lagen die Stämme der gefällten Bäume fein säuberlich gestapelt am Straßenrand. Der kleine „Dännebësch“, der sich bis zum westlichen Zipfel des Areals erstreckte – verschwunden. Die Alleebäume entlang der „Diddelengerbaach“ – Passé.

Der Wald wurde zu Brennholz. (Alain Rischard) Nun tritt die Düdelinger Sektion von „déi gréng“, die mit Colette Kutten und Romaine Goergen zwei Vertreterinnen im

Gemeinderat hat, mit einem Presseschreiben auf den Plan. Darin wirft sie der CFL u.a. vor, nicht genügend über ihre Pläne informiert zu haben. Die Einwohner seien vor vollendete Tatsachen gestellt worden, heißt es. Vom Bauträger, der CFL, heißt es, alle Prozeduren seien eingehalten worden. Und das würden sie auch in Zukunft. Und selbstverständlich lägen auch die erforderlichen Genehmigungen für den Kahlschlag vor.

Thema Lebensqualität

Der Vorwurf der Düdelinger Grünen, das CFL-Projekt werde eine starke Verschlechterung der Lebensqualität zur Folge haben, will CFL-Sprecher Romain Meyer nicht gelten lassen. „Déi Diddelenger kréien dovun näischt mat“, sagt er und weist auf eine Zubringerstraße zur A13 hin, die im Projekt vorgesehen ist und die den Lkw-Verkehr fernhalten werde.

Des Weiteren hätten im vergangenen Jahr Versammlungen mit beiden betroffenen Gemeinden, Düdelingen und Bettemburg, stattgefunden. D.h., die CFL haben den Gemeindevätern ihre Pläne unterbreitet. Womit Meyer dann auch den Vorwurf, die CFL hätte nicht ausreichend über ihre Vorhaben informiert, als unbegründet abtut.

Diesen Vorwurf will auch Schöffe Dan Biancalana nicht gelten lassen. Das ursprüngliche Projekt der CFL habe jeder im Rathaus und auf www.dudelange.lu einsehen können, und es sei auch im Gemeinderat darüber gesprochen worden. Während der Gemeinderatssitzung seien einige Sorgen – beispielsweise in Sachen Lärmbelästigung – an den Schöffenrat herangetragen worden, die danach in einer Arbeitssitzung mit der CFL besprochen worden seien. Mit dem Ergebnis, dass am ursprünglichen Projekt Nachbesserungen vorgenommen worden seien. U.a. auch was die befürchtete Lärmbelästigung angehe, so Biancalana. Über all dies würden die Bürger auch noch ausführlich informiert. Während einer Informationsversammlung, die der Schöffenrat versprochen hatte und die auch ganz sicher stattfinden werde. Ein Datum stehe allerdings noch nicht fest.

Dass die Bäume jetzt gefällt worden seien, liege übrigens an dem für Baumschnittarbeiten gesetzlich festgehaltenen Zeitfenster

SREL-DATE 07. März 2013 11:25; Akt: 07.03.2013

"Meine Adressen, meine Überweisungen"

Der SREL hat seit seiner Gründung Bürger überwacht. Im Visier hatte er dabei Personen, die linke Ansichten hatten. Nun sollen sie Einblick in die Kartei bekommen. Die ersten Dossiers wurden verschickt.

Nur Zeitungsartikel in der SREL-Datenbank. Ex-Geheimdienstchef Charles Hoffmann (r.) zusammen mit dem Vorsitzenden des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Alex Bodry (LSAP) (Bild: François Aussems)

Die Geheimnisse des Geheimdienstes Abbes Jacoby, Fraktionssekretär von "déli gréng", war ein beliebtes Beobachtungsobjekt des Geheimdienstes in den 1970er Jahren. Seit Donnerstag weiss er, was der SREL über ihn weiss.



Tageblatt.lu: Wie dick ist das Dossier, das der SREL über Sie angelegt?

Abbes Jacoby: "Vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt Wivenes habe ich ein Schreiben bekommen und eine Kopie eines Auszugs von Eintragungen auf Mikrofilm. Sie betreffen die Jahre 1975 bis 1980. Darauf sind unter anderem die verschiedenen Adressen zu lesen, wo ich damals gewohnt habe, die verschiedenen Arbeitsstellen, die ich damals hatte. Es wurden jedoch auch regelrechte Observationen gemacht. So steht unter dem Datum vom 2.9.1978, dass ich an einer Versammlung im Lokal der LCR (Ligue communiste révolutionnaire) teilgenommen habe. 1978 soll ich dann einem Meeting des Nicaragua-Komitees im Melusina

beigewohnt haben. Weitere Einträge betreffen andere Versammlungen. Festgehalten wurde auch mein Abflug nach Nicaragua. 1982, da hatte ich die LCR längst verlassen, habe ich, laut SREL, Flugblätter auf der Emäischen in Luxemburg verteilt."

Ihr Dossier enthält demnach nicht nur Zeitungsausschnitte, wie der frühere SREL-Direktor Charles Hoffmann vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss gesagt hatte

"Nein. Es wurden Observationen gemacht, vorhanden sind auch Fotos. Stutzig bin ich jedoch insbesondere über Einträge, die Banküberweisungen betreffen. Da steht zum Beispiel, dass ist 1990 500 LUF an die Solidaritätsvereinigung mit Nicaragua gemacht habe. Die Rede ist auch von zwei weiteren Geldüberweisungen."

Was gedenken Sie nun zu tun?

"Konkrete Schritte muss man sich noch überlegen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss sollte jedoch meiner Ansicht nach der Frage nachgehen, warum der Ex-SREL-Chef nur von Zeitungsartikeln im SREL-Archiv spricht. Und wie kommt der SREL an meine Banküberweisungen? Weiterhin fragen müsste man sich, was denn mit den gesammelten Daten geschah? Wurde da einfach gesammelt und in der Kartei deponiert?"

11.03.2013 / Die Abzocker

Die Robert Bieber Rubrik XXII



Lieber Herr Bieber, Sie haben behauptet, „Privat“ würde falsche oder unwahre Beiträge veröffentlichen, sprechen unserer Zeitung investigativen Journalismus und exklusive Enthüllungen ab. Sie haben uns herausgefordert. Diese Herausforderung nehmen wir gerne an und widmen Ihnen ganz persönlich diese Rubrik. An dieser Stelle werden wir jede Woche nachweisen, dass Sie gelogen haben.

Es war eine große Schlagzeile: „Sauerei! Eine Hand voll Beamte sahnt Millionen ab – für miese Arbeit“. Im Juli 2008 deckte „Privat“ geheime Verwaltungsratslisten auf, belegte damit, dass sich nur wenige Staatsbeamte jede Menge Posten in Verwaltungsräten von Unternehmen teilen. Eine schamlose Postenschacherei, mit bestem Einvernehmen der Regierung. Eine schamlose Abzockerei, bei denen hochrangige Verwaltungsbeamte bis zu 500.000 Euro im Jahr zusätzlich zu ihrem Gehalt einstecken.

Diese Abzocke von einigen Staatsbeamten hätte nach Auffassung von Generalstaatsanwalt Roby Bieber nie veröffentlicht werden dürfen. Die von „Privat“ veröffentlichten Informationen, wer in welchem Aufsichtsrat sitzt, nie publiziert werden. „Altweibergewäsch“ würde Bieber sagen.

Pech für Generalstaatsanwalt Robert Bieber, dass diese Verwaltungsratsliste vorlag, sie dokumentierte, welche Staatsbeamten in welchen Aufsichtsräten sitzen. Darüber hinaus besteht

gerade hier öffentliches Interesse! Denn die Öffentlichkeit hat ein Recht auf die Information, welcher Staatsbeamte in welchem Unternehmen im Aufsichtsrat sitzt.

Damit ist es für jeden Einzelnen nachvollziehbar, in welchen Unternehmen möglicherweise Einfluss auf die Regierung genommen werden kann, oder in welchen Unternehmen die Regierung Einfluss nimmt. Es gehört zur Aufgabe eines investigativen Journalismus eine solche „Kontrollfunktion“ im Sinne der Öffentlichkeit auszuüben

08. März 2013 10:10; Akt: 08.03.2013 10:24

Journalisten bei der Arbeit behindert

Berufsjournalisten wurden am Mittwoch bei ihrer Arbeit von behindert. Der Presserat protestiert. In einer Stellungnahme spricht er von einem Verstoß gegen das Gesetz über die Ausdrucksfreiheit.

"Am 6.März 2013 kam es im "Cercle Cité" in der Hauptstadt anlässlich eines vom "Centre virtuel sur la connaissance de l'Europe" und der "Fondation du Mérite européen" organisierten Veranstaltung zu einem bedauernden Zwischenfall, indem Fotografen mit ihrem Ausweis als Berufsjournalisten nicht zugelassen wurden, um ihren Informationsauftrag zu erfüllen.

Der international ausgerichtete Abend bestand einerseits in einer Konferenz, bei der es im Rahmen des 100.Geburtstages von Pierre Werner um die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, und andererseits um die Verleihung des "Collier du Mérite européen" an den ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, ging. Dabei wurden am Haupteingang zum "Cercle Cité"-Gebäude die Pressefotografen mit Journalistenausweis und trotz vorheriger Akkreditierung von Vertretern der Polizei und Agenten einer Sicherheitsfirma einfach abgewiesen, währenddem ein Kameraman von RTL frei im grossen Saal arbeiten konnte, wie auch ein Fotograf des Organisators und des staatlichen Informations- und Pressedienstes.

Gegen diese unzulässige Behinderung von Berufsjournalisten protestiert der Presserat vehement, weil sie im Widerspruch zum Gesetz vom 11.April 2010 über die Ausdrucksfreiheit in den Medien steht."

Bonus dans les banques 08 mars 2013 07:10; Act: 08.03.2013 11:03 Print Une occasion ratée vers plus de transparence?

LUXEMBOURG - Le Grand-Duché s'est-il marginalisé en Europe sur la question pointue de la réforme bancaire visant à limiter les bonus dans les grandes banques?



L'UE veut limiter les bonus des banquiers et renforcer l'assise financière des banques. (photo: AFP) Depuis le début de la crise financière il y a cinq ans, les bonus des traders et des banquiers sont sur la sellette. Pour éviter des abus, l'Union européenne entend mener à bien une réforme bancaire appelée CRD IV (Capital requirement directive IV). Outre la limitation des bonus à 2,5 fois la rémunération fixe, la CRD IV porte sur l'imposition de fonds propres supplémentaires pour les banques systémiques et sur un rapport pays par pays des résultats financiers des banques présentes sur leur territoire.

Lors du dernier conseil Ecofin (économie et finances auquel participent les ministres des Finances de l'UE), le 5 mars, le Royaume-Uni s'est opposé à cette réforme bancaire. De leur côté, le Luxembourg, les Pays-Bas et la Roumanie ont demandé le report de l'application de cette réforme au-delà du 1er janvier 2014. Ils trouvent ce délai «trop court» pour mettre leurs banques en conformité.

Jeudi, l'affaire est devenue nationale avec une question parlementaire adressée au ministre des Finances, Luc Frieden (CSV), par le député vert François Bausch. Il s'interroge sur la position du Luxembourg.



08.03.2013 / Confidences EXCLUSIVES/ Le capitaine Barril devient une figure centrale de l'affaire « Bommeleeër »

L'espion mystérieux et ténébreux n'avait pas de secrets pour Jean Nicolas



Pour ceux qui s'y connaissent si peu soit-il en matière de politique de sécurité et d'espionnage, le nom du capitaine Paul Barril fait partie de l'histoire contemporaine. Ce mercenaire la politique ,espion

aux ordres de l'Etat français et de plein d'autres, notamment africains, a joué un rôle prépondérant au Luxembourg dans le cadre des exercices d'entraînement de la Brigade Mobile de la Gendarmerie, fortement impliquée dans l'affaire des poseurs de bombes dont le procès a débuté la semaine passée, la fameuse affaire « Bommeleeër ». Un homme mystérieux et ténébreux qui a participé à beaucoup de coups fourrés et qui fut en quelque sorte le mentor des Geiben et Steil, respectivement patron et second à la tête de la BMG. Adulé par une poignée de gendarmes et de militaires luxembourgeois, Barril n'est pas un nom anodin qui apparaît au coin d'un dossier judiciaire luxembourgeois comme il a apparu dans une multitude de dossiers judiciaires dans l'hexagone. Au Luxembourg, Barril ne forma pas seulement les membres du groupe spécial des « Bimbos », mais pourrait être le père spirituel potentiel de certaines pistes menant vers les attentats qui se sont produits il y a plus de vingt ans au Luxembourg. Il fut aussi le premier employeur de l'ex-chef de la BMG, Ben Geiben, lorsque ce dernier quitta plutôt précipitamment la Brigade Mobile

Jean Nicolas, le patron du groupe de presse du même nom qui édite également « Privé », a bien connu Paul Barril. Très bien même. Son témoignage est exceptionnel, car peu de monde peut se targuer, au Luxembourg comme ailleurs, d'avoir pu approcher « l'espion des espions » de si près. Peu de monde, si ce n'est l'équipe des Bommeleeër...

Régional & International

Bloomberg News

Berlusconi Is Convicted by Milan Court in Wiretapping Trial

By Dan Liefgreen & Andrew Frye - Mar 7, 2013

Former Italian Prime Minister [Silvio Berlusconi](#) was convicted in a wiretapping case related to the 2006 battle for control of [Banca Nazionale del Lavoro SpA](#), the first of three corruption rulings he faces this month.

The verdict, televised from Milan today, carries a one-year prison sentence. Piero Longo, an Italian senator and one of Berlusconi's lawyers, had no immediate comment when contacted by phone.



Enlarge image

Olivier Morin/AFP/Getty Images The spate of corruption rulings threatens to derail the career of former Italian Prime Minister Silvio Berlusconi, who has dominated Italian politics for two decades. The spate of corruption rulings threatens to derail the career of former Italian Prime Minister Silvio Berlusconi, who has dominated Italian politics for two decades. Photographer: Olivier Morin/AFP/Getty Images The spate of corruption rulings threatens to derail the career of the three-time prime minister, who has dominated Italian politics for two decades. This month a Milan court is set to rule on charges he engaged a minor in prostitution, while another appeals tribunal will decide whether to uphold a four-year sentence for [tax fraud](#). Berlusconi has denied wrongdoing in all the cases. The verdicts come at a time when Berlusconi is set to play a key role in trying to end a political impasse in Italy after inconclusive elections last month produced a hung parliament. President Giorgio Napolitano will begin consultations with Berlusconi and other political leaders aimed at

finding a way out of the logjam around March 18, just when the prostitution verdict is due.

Leaked Transcripts Berlusconi can appeal today's verdict and is unlikely to serve jail time because Italian law doesn't require prison sentences to be carried out until the appeals process is exhausted, which can take several years. In [Italy](#) the statute of limitations often kicks in before the appeals process concludes. The statute of limitations in this case runs out in July or August, news agency Ansa reported. In the wiretapping case, Milan prosecutors accused Berlusconi of allegedly leaking transcripts of tapped phone calls related to a bank takeover fight to *Il Giornale*, a Milan newspaper owned by his brother Paolo, to discredit a political rival, according to a September 2011 statement by prosecutor Edmondo Bruti Liberati. Paolo Berlusconi was sentenced to two years and three months, Ansa said. When Berlusconi was ordered to stand trial in February 2012, his lawyer Niccolò Ghedini described the accusations as "not credible." Maurizio Gasparri, a former whip for Berlusconi's party in the Chamber of Deputies, today called the verdict "ridiculous" because the former premier is a victim of "years of unauthorized" wiretapped conversations, according to an e-mailed statement.

Snared Politicians. The wiretaps were part of a separate probe in 2005 into whether local bankers broke securities laws in trying to block foreign bids for Italian banks. The recordings, ordered by Milan prosecutors, snared politicians on both sides of the aisle and led to the resignation of two of Italy's top bankers and [Bank of Italy](#) Governor [Antonio Fazio](#). The transcripts refer to calls between Piero Fassino, who formerly headed the Democrats of the Left party, and a banker seeking support for a takeover bid for BNL in 2006. Fassino was recorded during a takeover fight for the bank between [Spain's Banco Bilbao Vizcaya Argentaria SA \(BBVA\)](#) and Italy's Compagnia Assicuratrice Unipol SpA. BNL ultimately was acquired by [BNP Paribas SA \(BNP\)](#) in 2006 for 9 billion euros (\$11.7 billion)

To contact the reporters on this story: Dan Liefgreen in Milan at dliefgreen@bloomberg.net; Andrew Frye in Rome at afrye@bloomberg.net

EU-KOMMISSION

11. März 2013 18:40; Akt: 11.03.2013 18:51 [Print](#)

Staatliche Hilfe für Fußballclubs geprüft

Die EU-Kommission zweifelt an der Zulässigkeit staatlicher Unterstützung für mehrere spanische Fußballvereine.

Die EU nimmt die staatlichen Hilfen für die spanischen Fußballclubs unter die Lupe. Man habe einen Fragebogen an die spanischen Behörden geschickt und um Informationen gebeten, sagte der Sprecher von EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia am Montag in Brüssel. Dabei gehe es um einen Nachlass bei Sozialabgaben, Sozialversicherungsschulden und Steuerschuld. "In diesem Stadium handelt es sich um eine Vorermittlung, wir haben noch keine offizielle Untersuchung eröffnet", betonte der Sprecher.

Laut spanischen Medien soll es sich um drei Fußballvereine aus Valencia handeln, die ihre Schulden nicht zurückzahlen konnten. Falls die obersten Wettbewerbshüter Europas zu dem Schluss kommen, dass die finanzielle Unterstützung für die Clubs gegen die EU-Regeln verstößt, müssten die Vereine die Gelder zurückzahlen.

Erst vor einer Woche hatte die EU-Kommission damit begonnen, staatliche Finanzhilfen für niederländische Fußballclubs unter die Lupe zu nehmen. Dabei geht es um die Unterstützung von fünf Gemeinden für ihre Proficlubs. So hatte die Heimatstadt der PSV Eindhoven dem Erstligisten mehr als 48 Millionen Euro für Land gezahlt, das sie ihm anschließend verpachtete. Die Wettbewerbshüter prüfen nach eigenen Angaben auch Hilfen für Proficlubs in weiteren EU-Ländern.

La déontologie parlementaire vue chez



voisins

Les députés européens et français se sont dotés d'un code de déontologie en 2011, les Britanniques ont renforcé leur «code of conduct» en 2009 pendant qu'Allemands et Belges n'en ont pas encore institué.

A Strasbourg, la transparence prime

Les parlementaires européens se sont dotés en décembre 2011 d'un «code de conduite». Il leur impose notamment de refuser tout don d'une valeur supérieure à 150 euros (et encore, le cadeau doit être transmis au président du PE) et de signaler toute activité rémunérée durant leur mandat, dès qu'elle dépasse 500 euros par mois. Ils doivent également indiquer tous les intérêts financiers qui pourraient influencer les décisions des élus et préciser les activités professionnelles pendant les trois années ayant précédé l'élection. Les déclarations des eurodéputés sont publiques. Plusieurs sanctions sont prévues, du simple blâme à la suspension provisoire. L'ONG Transparency International avait salué le geste, tout en regrettant l'absence d'une période d'attente pour les élus une fois leur mandat achevé, ce qui leur laisse la possibilité d'être embauchés à ce moment par un lobby. En mars 2011, trois eurodéputés, tous anciens ministres, avaient été piégés par des journalistes du *Sunday Times* se faisant passer pour des lobbyistes. Ils avaient accepté de déposer des amendements sur des projets de loi, en particulier dans le secteur bancaire, en échange de rémunération allant jusqu'à 100.000 euros.

Paris reste vague sur les sanctions

Les parlementaires français ont voté en avril 2011 un «code de déontologie». Ils ont dû, en juin 2012, remplir des «déclarations d'intérêts», signaler ceux «pouvant influencer ou paraître influencer» leur travail mais aussi ceux de leurs parents et conjoints. Ils doivent également fournir une déclaration de patrimoine. Ils peuvent accepter un cadeau jusqu'à 150 euros et le garder (à la différence des eurodéputés), s'ils le déclarent. Les déclarations des députés français restent confidentielles.

Les sanctions ne sont pas explicitement prévues. Le bureau de l'Assemblée nationale examine au cas par cas les comportements des élus récalcitrants. Toutefois en cas de fausse déclaration de patrimoine, l'élu risque 30.000 euros d'amende et la perte de ses droits civiques

.Londres institue un organisme indépendant

parlementaires britanniques ont renforcé leur «code of conduct» en 2009, après un scandale retentissant

suite à des divulgations de frais parlementaires réclamés indûment par des députés britanniques. Un organisme désormais indépendant de Westminster est chargé d'examiner en détail, puis d'autoriser les paiements versés aux élus. Une fraude est désormais considérée comme un crime, les députés encourent la suspension, l'exclusion et jusqu'à un an de prison. Toutefois en mars 2011, les députés ont rejeté une proposition qui aurait donné à l'organisme indépendant des pouvoirs élargis pour enquêter sur leur vie privée. En mai 2009, la Grande-Bretagne avait été choquée de découvrir chaque jour dans les pages du *Daily Telegraph* tout ce que les députés se faisaient rembourser avec l'argent du contribuable, des frais de jardinage au réaménagement d'une piscine, en passant même par la location de films pornographiques. Un audit indépendant avait révélé que plus de la moitié des députés avaient commis des irrégularités dans leurs défraiements et ces derniers ont remboursé l'équivalent de plus d'un million et demi d'euros au total.

L'Allemagne y pense...

En Allemagne, un code de déontologie pour les élus fait de temps en temps débat, régulièrement alimenté quand un homme politique change de côté et accepte un poste lucratif dans l'économie. Ainsi, les cas de l'ex-chancelier Gerhard Schröder, qui est désormais administrateur d'un groupe pétrolier russe, ou de l'ancien Premier ministre Roland Koch, qui a quitté son gouvernement pour devenir p.-d.g. du groupe de construction Bilfinger, ont fait scandale. Malgré la critique, ces élus agissent en parfaite légalité, car un code de déontologie n'existe pas, jusqu'ici, en Allemagne. D'ailleurs, la loi allemande ne prévoit que des peines bénignes pour la corruption. Seuls les ministres, les juges et les fonctionnaires sont poursuivis s'ils acceptent des faveurs ou des récompenses monétaires. Pas les députés. L'Allemagne est, avec la Syrie, l'Arabie saoudite ou le Soudan, l'un des rares pays qui n'a pas ratifié la convention des Nations unies contre la corruption (même si Berlin l'a signée en 2003).

En Belgique, les Flamands attendent d'être imités

Transparency International avait demandé en juin 2012 aux députés belges de s'inspirer du code de conduite élaboré au niveau européen, notamment pour les obliger à publier une déclaration d'intérêts. Actuellement, parmi toutes les Assemblées belges, une seule dispose d'un code de déontologie: le Parlement flamand. La Chambre des Représentants, le Sénat ainsi que le Parlement de la Communauté française ont à l'examen des propositions de modification de leur Règlement visant à instituer un code de déontologie régissant les rapports de leurs membres avec les institutions et les services publics dans les dossiers individuels.

Dominique Nauroy, avec Cordula Schnuer et Volker

Bloomberg News

BHP Says It's Cooperating in Probe After Bribery Report

By Elisabeth Behrmann Joe Schneider - Mar 13, 2013 5:14 AM

[BHP Billiton](#) Ltd., the world's largest mining company, said it's helping a continuing inquiry into possible breaches of anti-corruption laws after the Age newspaper reported bribery claims linked to the Beijing Olympics. "We believe our Olympics activities complied with all applicable law," Melbourne-based BHP said today in an e-mailed statement, referring to its sponsorship of the 2008 games held in [China](#). "As previously disclosed, BHP Billiton has been cooperating with the relevant authorities in an investigation into possible violations of anti-corruption laws."



Enlarge image

Nelson Ching/Bloomberg The medals for the Beijing Olympic Games are displayed for the media at a news conference in Beijing on July 3, 2008. BHP Billiton Ltd. is the subject of an investigation into the company's dealings with foreign officials as part of a multimillion-dollar hospitality and sponsorship program at the 2008 Olympics. The medals for the Beijing Olympic Games are displayed for the media at a news conference in Beijing on July 3, 2008. BHP Billiton Ltd. is the subject of an investigation into the company's dealings with foreign officials as part of a multimillion-dollar hospitality and sponsorship program at the 2008 Olympics. Photographer: Nelson Ching/Bloomberg BHP is the subject of a joint U.S.-Australian bribery investigation into the company's dealings with foreign officials, including Chinese dignitaries, as part of a multimillion-dollar hospitality and sponsorship program at the 2008 Olympics, the Age reported. The company said it's continuing an internal inquiry that stems from a 2009 investigation begun by the U.S. Securities and Exchange Commission. "No company, that I am aware of, has ever fought a prosecution in the U.S." in an anti-corruption case, Mini vandePol, a partner at [Baker & McKenzie](#) in [Melbourne](#), said today in a phone interview. It's likely BHP will end up agreeing to settle with the U.S. prosecutors, she said. BHP gained 0.7 percent to A\$35.915 at 3:12 p.m. in Sydney trading. Rio Tinto Group, the world's second-biggest mining company, rose 0.2 percent. AFP Referral China, the world's biggest buyer of metals, is BHP's [biggest customer](#), accounting for \$22 billion in sales in fiscal 2012. A

deal in [Western Australia](#) is being examined, The Age reported. The [U.S. Department of Justice](#) was conducting “law enforcement proceedings” involving BHP, the newspaper said. The Australian Federal Police has been involved in the matter and is coordinating activities with foreign counterparts and local regulatory agencies, a spokesman for the force said in an e-mailed statement “The AFP has received a referral that relates to the Australian aspects of the U.S. investigation,” the spokesman said. “Foreign bribery investigations are inherently complex due to their cross-border nature.” The initial requests from the SEC formed part of an investigation into terminated mineral exploration projects, BHP said in 2010. The projects concerned were in [Cambodia](#) and the [Philippines](#), the Sydney Morning Herald said at the time. At that time BHP said it had “disclosed to relevant authorities evidence that it has uncovered regarding possible violations of applicable anti-corruption laws involving interactions with government officials.” The involvement of the [Justice Department](#), coming after the company first admitted possible breaches of anti-corruption laws to the SEC and the U.K. Serious Fraud Office, follows the standard procedure in such investigations, Baker & McKenzie’s vandePol said. “We were all waiting for it last year.” To contact the reporters on this story: Jesse Riseborough in London at jriseborough@bloomberg.net; Elisabeth Behrmann in Sydney at ebehrmann1@bloomberg.net; Joe Schneider in Sydney at jschneider5@bloomberg.net To contact the editor responsible for this story: John Viljoen at jviljoen@bloomberg

Bloomberg News

A Russian Corruption Fighter's \$3 Million Apartment

By Leonid Bershidsky Mar 12, 2013 11:30 PM GMT+0100

Talk about the fox guarding the chicken coop: The Russian parliament's chief corruption fighter has been accused of failing to declare a \$3 million apartment in Moscow. It's the latest in a series of "outings" by Russia's anarchic opposition, bizarrely coinciding with President [Vladimir Putin](#)'s own anti-corruption campaign. On March 11, the anti-Putin weekly *New Times* [reported](#) that Irina Yarovaya, head of the parliament's Security and Corruption Fighting Committee, was living in an apartment worth \$2,898,000, registered in the name of her 17-year-old daughter. The condo, expensive even by the standards of Moscow's overheated property market, never appeared on the parliament member's obligatory declarations. Neither Yarovaya nor her businessman husband have ever declared income that would have allowed them to buy prime real estate in Russia's capital. Opposition media and bloggers immediately picked up the story, which had a special attraction due to Yarovaya's political history. A native of the remote Kamchatka region, she was deputy head of the opposition Yabloko party until she switched allegiance to Putin's [United Russia](#) in 2007. Yabloko leader [Sergei Mitrokhin](#) recalled: "By the end of her career in Yabloko she became deputy head of the party. She did nothing remarkable in that position but she asked for a transfer to Moscow, an apartment and a car. Naturally, we did not have the money for any of that. United Russia did." Crusading blogger Alexei Navalny, also once a Yabloko functionary, gleefully [reposted](#) the *New Times* story, commenting: "I remember her at the party convention screaming from the stand about what a scoundrel and disgusting thief Putin was. United Russia was something straight out of hell, according to her." Yarovaya is one of the most active United Russia members in parliament. She has backed all the repressive laws passed in the first year of Putin's third term in power. She also wants to be seen as a tough corruption fighter: Yarovaya has proposed a bill instituting spending controls for parliament deputies and top officials. Such a catch seemed beyond the opposition's wildest dreams. What the *New Times* did to Yarovaya has a name: pekhting. [Coined](#) in June 2012 to describe the proceedings of the parliament's ethics commission, then headed by Vladimir Pekhtin, the term became popular last month when Pekhtin was forced to resign his seat after revelations that he owned undeclared real estate in [Florida](#).

The ethics chief was “outed” by a diligent blogger calling himself Doctor Z. His [blog](#) is completely dedicated to digging up dirt on ranking United Russia members and Russian government officials. Doctor Z’s discoveries include several cases of plagiarism in politicians’ doctoral theses and a number of well-researched exposes featuring undeclared property. Doctor Z [claims](#) to have run the names of all the Russian parliamentary deputies through U.S. property registers. He promises more revelations. “The very fact that Mr. Pekhtin has quit his post as the most ethical parliament deputy means that my work is not without results. The system is beginning to give up its own people,” the mysterious blogger told [Novaya Gazeta](#) in a Skype interview. “Putin probably understands that by giving up these people, he becomes weaker. But if he doesn’t give them up, a bigger wave of protest could start.” After Pekhtin’s [resignation](#), two more United Russia members voluntarily gave up their seats without waiting for the opposition to move against them. Putin’s spin doctors have tried to present the developments as part of the president’s cleansing campaign, which started late last year with the firing of Defense Minister Anatoly Serdyukov following a corruption scandal. “Pekhtin’s decision to give up his mandate is a continuation of the anti-corruption campaign that the president initiated,” political analyst [Sergei Markov](#) told the website actualcomment.ru. “Many doubted its efficiency, but now we see concrete results.” The unexpected entente between Putin and his opponents in the matter of curbing Russia’s rampant corruption does not mean, however, that every time the opposition digs something up, the Kremlin is going to act on it. Yarovaya, for her part, has fought back and kept her parliament seat. She explained that in 2006, when the apartment was purchased, it had cost much less than \$3 million and that according to laws in effect at the time, it did not have to be declared. Now, it belongs to her daughter who is no longer a minor, so again no law requires the parliament deputy to declare it. “I can only sympathize sincerely with my ill-wishers who, acting in bad faith, tried to discredit me,” Yarovaya [told](#) the state-owned news agency RIA Novosti. “They failed. All this is just a dirty insinuation.” Even anti-Putin commentators had to admit that, according to the letter of the law, she was blameless. All they could do was point out the ethically murky nature of her explanations. “You can say what you want, but Yarovaya lives in an apartment that she can never afford on a parliament deputy’s income,” columnist Anton Orekh [said](#) on Ekho Moskvyy radio. “Even if everything is legally OK, in fact we are dealing with deception and such a person has no right to remain a deputy.” As he attempts to hijack the opposition’s anti-corruption agenda, Putin is ever conscious that

he cannot concede too much. In his Moscow, there must never be the tiniest hint of a doubt as to who is boss and who does the punishing. In other words, [Russia](#)'s place near the bottom of Transparency International's corruption perceptions index -- at number 133 in the world -- remains secure. (Leonid Bershidsky, an editor and novelist, is Moscow correspondent for World View. Opinions expressed are his own.) To contact the writer of this article: bershidsky@gmail.com. To contact the editor responsible for this article: Mark Whitehouse at mwhitehouse1@bloomberg.net.

Lëtzebuenger Vollek

Vor neuem Prozeß gegen Berlusconi Dienstag 12. März 2013

Angeklagter meldet sich krank



Knapp zwei Wochen nach den Parlamentswahlen, bei denen der wegen zahlreicher krimineller Vergehen angeklagte Milliardär und Ex-Premier Berlusconi mit seiner Koalition einen zweiten Platz belegte, hat ein Mailänder Gericht ihn jetzt wegen einer illegalen Abhöraffaire zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. 2005 hatte der damalige Regierungschef Amtsmißbrauch begangen, indem er ein illegal abgehörtes Telefongespräch über eine von der Versicherungsgesellschaft Unipol geplante Bankenübernahme in seinem Hausblatt »Il Giornale« publik machte.

Ein Abgeordneter der Mitte Links-Koalition unter Romano Prodi hatte den Bankendeal begrüßt. Unipol-Chef Giovanni Consorte, ein Anhänger Prodis, wurde wegen Insiderhandels verurteilt. Berlusconi wollte der bei den Wahlen 2006 gegen ihn antretenden Koalition Prodis, die die Kommunisten einschloß, öffentlich schaden.

Bereits im Oktober 2012 war der Mediendiktator wegen Steuerbetrugs, Führung von Scheinfirmen und schwarzer Kassen im Ausland in erster Instanz zu vier Jahren Gefängnis und zur Zahlung von zehn Millionen Euro an die Staatskasse verurteilt worden. Die »Financial Times« hatte 2001 von 64 zur Berlusconi-Holding Fininvest gehörenden Auslandsfirmen, die den Aufsichtsbehörden verschwiegen worden seien, berichtet.

Für die zweite Märzwoche hat das Mailänder Gericht den Termin für den sogenannten Ruby-Prozeß anberaumt, in dem der Ex-Premier wegen Geschlechtsverkehrs mit einer

Minderjährigen und wiederum Amtsmißbrauchs angeklagt ist. Die Mailänder Staatsanwaltschaft will die Anklage jetzt auf Organisation eines »Systems umfassender Prostitution« erweitern. Die zu »Partys« in die Villa Berlusconis eingeladenen jungen Frauen, darunter Minderjährige, seien bar bezahlt oder ihnen berufliche Perspektiven versprochen worden. Jetzt hat der immer mit seiner Fitneß prahlende Angeklagte zum letzten Mittel gegriffen, sich krank gemeldet und Prozeßaufschub beantragt. Das Gericht hat bisher abgelehnt.

Dabei warten noch weitere Anklagen auf den Medientycoon. In Neapel wird gegen ihn wegen Kaufs eines Senators ermittelt. Er wird beschuldigt, einem Senator der Partei der Werte Italiens (IdV) für einen Wechsel zu seiner Volksfreiheitspartei (PdL) drei Millionen Euro gezahlt zu haben. Das ermöglichte es, 2008 die Regierung Prodi im Senat durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen.

Prozesse gegen frühere Machthaber sind heute so selten nicht. Aber die gegen das überführte Mitglied der faschistischen Putschloge P2 sind schon von besonderem Kaliber. Nachdem der reichste Kapitalist des Landes 1994 Regierungschef geworden war, wurde er bis 2008, wie »Der Spiegel« damals berichtete, in 17 Prozessen der Korruption, der Geldwäsche, des illegalen Waffenhandels und Kapitaltransfers und der Führung von Tarnfirmen angeklagt und insgesamt zu über zehn Jahren Gefängnis und zehn Millionen Geldstrafe verurteilt. Ein derart kriminell belasteter Politiker hätte bei einer einigermaßen funktionierenden Demokratie gar nicht für das höchste Regierungsamt kandidieren dürfen.

Da es nicht gelang, die Juristen generell mundtot zu machen, verschaffte sich der Regierungschef Immunität vor Strafverfolgungen durch eine von seiner Parlamentsmehrheit verabschiedete »Lex Berlusconi«, die untersagte, strafrechtlich gegen ihn vorzugehen. Juristen, die dagegen protestierten, attackierte er als »rote Richter«, welche die Regierung stürzen wollten, beschimpfte sie in unflätiger Weise als »Taliban«, »Schwerverbrecher«, »Eiterbeulen der Gesellschaft«. Das betraf 789 Richter, die an Prozessen gegen ihn beteiligt waren oder sind.

Auch jetzt bleiben in Rom Zweifel, ob es gelingen wird, den angeklagten Ex-Premier einer Strafe zuzuführen. So wurde er 2012 einem Prozeß wegen nachgewiesener Anwaltsbestechung in Höhe von 600.000 Euro wegen Verjährung freigesprochen. Italiens Mühlen der Justiz mahlen langsam. Die jetzigen Prozesse laufen in Erster Instanz. Gegen ein Urteil werden Berlusconis Anwälte in Berufung gehen, und die kann bis zur letzten Instanz Jahre dauern.

Bleibt die derzeit nach den Wahlen, die Berlusconi zu einem Comeback nutzte, diskutierte Frage, warum diesem Treiben bisher nicht Einhalt geboten werden konnte. Befördert von der EU und ihrer deutschen Führungsmacht hat der mit Faschisten und Rassisten verbündete Berlusconi in einem in der Nachkriegsgeschichte beispiellosen antikommunistischen Feldzug Kommunisten und alle Linken aus dem Parlament ausgeschaltet und diese haben sich geduckt und nicht gewagt, gegen diesen Demokratieverfall energisch vorzugehen.

Es gab in den letzten Jahren faktisch nur eine Protestbewegung, die das verfassungswidrige Gebaren des kriminellen Medientycoon anprangerte: das »Fünf-Sterne-Movimento« des Komikers Beppe Grillo, eines Anarchisten der Gegenwart. 25,5 Prozent der Wähler haben die Radikalität seiner Proteste honoriert. Eine Radikalität, die den Linken schon lange abhanden gekommen ist. Sie erhielten dafür vom Wähler eine Antwort, wie sie drastischer nicht ausfallen konnte: Sie sanken unter zwei Prozent.

Gerhard Feldbauer

Lindependant.fr

Perpignan Pentagone français : rendez-vous top secret en gare de Perpignan

Le 12 mars à 6h00 par Laure Moysset | Mis à jour le 12 mars



La rencontre

se serait déroulée début 2012. PHOTO/Photo archives

Une mystérieuse clé USB sur le projet du futur ministère de la Défense aurait été remise à des agents de la sécurité nationale lors d'un échange au Centre del Món.

La très retentissante affaire de 'Balard', de corruption présumée dans l'attribution en mai 2011 au groupe Bouygues de la construction du futur ministère de la Défense, pourrait s'être nouée à Perpignan même dans le plus grand secret. Et plus exactement au centre du monde...

Une enquête préliminaire a été déclenchée en octobre 2010 suite à un renseignement anonyme transmis à la division nationale des investigations financières. Il portait sur la passation du marché pour ce projet de Pentagone à la française. Selon une information révélée par Le Canard Enchaîné, un haut responsable du ministère de la Défense est soupçonné d'avoir fourni à un cadre de Bouygues le cahier des charges du marché, au détriment de ses concurrents Vinci et Eiffage. Un entrepreneur du BTP, déjà impliqué dans des affaires de corruption, aurait joué les intermédiaires, ajoute le journal Marianne.

Le nom et la fonction du haut fonctionnaire n'ont toujours pas été rendus publics. Une information judiciaire a été ouverte fin 2011 pour 'corruption, trafic d'influence et atteinte à la liberté d'accès et à l'égalité des candidats dans les marchés publics'. En janvier 2012, sur la

base d'informations des douanes, la DPSD, la direction de la protection et de la sécurité de la défense, serait entrée en possession d'une clé USB contenant des documents confidentiels relatifs à cet appel d'offres.

Des intermédiaires semblaient vouloir monnayer cette clé mais l'ont finalement remis aux agents de la DPSD lors d'un rendez-vous organisé à la gare de Perpignan ! Pourquoi en pays catalan ? Aucune réponse n'a pu nous être fournie sur le sujet. Il semble toutefois que toute ville qui possède une garnison, comme c'est ici le cas, abrite obligatoirement des agents de la DPSD. Ils pourraient ainsi s'être chargés sur place de la transmission de cette 'valise diplomatique' explosive. À moins que le transitaire, toujours inconnu, ne vienne d'un pays étranger et ne soit entré en contact avec les douanes à la frontière espagnole.

Le mystère demeure... Le contenu de la clé ne serait pas 'confidentiel défense' mais le ministre Jean-Yves Le Drian veut transmettre le dossier à la justice, estimant que ces pièces ont été volées

Espagne La corruption, facteur

Aggravant

Le 13 mars à 6h00 par J. V.

À SAVOIRE En ce moment, l'ancien trésorier du PP, Luís Bárcenas, mis en examen pour malversation, fraude et faux en documents, tient littéralement sous sa coupe le gouvernement de Mariano Rajoy, au travers des fuites qui ont permis au journal "El País" de publier le relevé de la "caisse noire" du parti au pouvoir et le montant des "enveloppes" distribuées à ses leaders, dont Rajoy. Ces bas-fonds malodorants ne sont pas faits pour améliorer l'image de l'Espagne auprès de ses 6 millions de chômeurs, soit 26,6 % de la population "active". D'ailleurs, la corruption s'est hissée au second rang des préoccupations des Espagnols d'après le CIS, l'organe officiel de sondages. **Alternative exaltante** En Catalogne, même si les affaires de corruption ont également fait une irruption soudaine dans le paysage politique - au grand dam des principales formations locales-, le projet sécessionniste joue le rôle d'alternative exaltante pour une majorité de citoyens catalans, gagnés par un sentiment de ras-le-bol. Par-dessus le marché, la résolution du Tribunal constitutionnel espagnol sur l'inconstitutionnalité de la "Déclaration sur le Droit à décider" adoptée par le parlement catalan le mois dernier, puis le vote massif des députés du "Congreso de los Diputados" contre le droit d'organiser une consultation sur l'autodétermination, n'a servi qu'à activer le processus indépendantiste en Catalogne. À l'heure où même les socialistes catalans tournent le dos à leurs confrères espagnols du PSOE, le PSC a pris l'initiative de faire inclure à l'ordre du jour des séances plénières du parlement de Catalogne des 13 et 14 mars, le vote d'une demande d'ouverture de négociations avec le gouvernement espagnol sur le "Droit à décider des Catalans". Que répondra Rajoy aux Catalans